

**DEPARTEMENT
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**
Vorsteher

**Grusswort von Regierungsrat Dieter Egli anlässlich des 50-Jahre-Jubiläum des Einwohnerrats
Lenzburg vom 3. Juli 2022 in Lenzburg**

((Es gilt das gesprochene Wort))

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Stadtammann
Sehr geehrte aktuelle und ehemalige Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte
Sehr geehrte Damen und Herren

Es freut mich sehr, dass ich heute mit Ihnen feiern darf. Ich gratuliere Ihnen herzlich zum 50-Jahre-Jubiläum des Einwohnerrats Lenzburg und überbringe Ihnen auch die besten Glückwünsche des Aargauer Regierungsrats.

Als der damalige Stadtammann Dr. Hans Theiler am 6. Juli 1972 die konstituierende Sitzung des Einwohnerrats in der Aula des Bezirksschulhauses eröffnete, wies er die gewählten Lenzburgerinnen und Lenzburger auf die Wichtigkeit ihres neuen Amtes hin. Zum diesem Amt gehöre nicht nur, dem Stadtrat auf die Finger zu schauen. Nein, es verlange mehr Verantwortung und Vorbereitung von den Volksvertreterinnen und -vertretern, als dies zuvor bei einer Gemeindeversammlung der Fall war. "Dieses nach vorwärts gerichtete Zusammenspiel der Kräfte von Parlament, Exekutive und Verwaltung wird ohne Zweifel von allen Beteiligten zuerst erlernt sein müssen." So sind seine Worte im ersten Protokoll der Einwohnerratssitzung festgehalten.

Sie konnten in Lenzburg nun 50 Jahre lang üben. Und ich gehe davon aus, dass die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen politischen Institutionen bei Ihnen mittlerweile eingespielt ist. Das heisst natürlich nicht, dass alles immer wie geschmiert läuft, dass es nicht manchmal zu Meinungsverschiedenheiten und Spannungen zwischen Exekutive und Legislative kommt.

Das ist nicht anders auf Kantonebene, wo manchmal die Fetzen zwischen Regierungsrat und Grossen Rat fliegen. Man streitet sich um der besten Lösung willen. Das ist notwendig und deswegen auch Absicht. Ganz im Sinne des französischen Moralisten Joseph Joubert: "Ziel eines Konflikts oder einer Auseinandersetzung soll nicht der Sieg, sondern der Fortschritt sein."

Und für diesen Fortschritt muss die Debatte auf allen politischen Ebenen geführt werden. Gerade auch in der Gemeinde, weil dort wichtige Entscheide nahe bei den Menschen fallen, die das Zusammenleben der Gemeinschaft bestimmen und die sich direkt auf das Wohlbefinden von uns allen auswirken.

Die Gemeinden haben ja eine grosse Autonomie im Aargau. Und sie organisieren sich weitgehend selbst – und das ist gut so, weil sie fundamentale Aufgaben erfüllen: Es geht um Wasserversorgung und Abfallentsorgung genauso wie um Schule, Alters- und Pflegeheime, Sozialhilfe oder die Raum- und Zonenplanung. Das alles wird auf der Gemeindeebene entschieden.

Allenthalben greift der Regierungsrat korrigierend ein oder gibt Vorgaben, was er natürlich nicht gerne tut – auch wenn es manchmal für Sie, die Gemeinden, anders aussehen mag.

Aber das müssen wir ja nicht heute diskutieren. Auf jeden Fall glaube ich, dass sich in Lenzburg das Parlament, die Exekutive, und die Verwaltung finden und gute Lösungen erarbeiten – und dass sich

in den letzten 50 Jahren dieses politische System bewährt hat: Lenzburg ist moderner, schöner und besser geworden – eine Stadt mit hoher Lebensqualität.

Jetzt habe ich natürlich etwas dick aufgetragen. Man will sich ja beliebt machen. Aber ich bin ja nicht entscheidend, entscheidend ist die Bevölkerung.

Sollten es also die Lenzburgerinnen und Lenzburger nicht so empfinden, dann lassen Sie es auch den Einwohnerrat spüren. Dieses Korrektiv haben wir ja auch in der direkten Demokratie: Vorlagen, die der Rat gutgeheissen hat, fallen manchmal bei Referendumsabstimmungen durch.

Vielleicht kennen Sie diese Geschichte ja vielleicht: 1988 hiess der Einwohnerrat einen Nachtragskredit von 25'000 Franken gut für den Kauf eines Occasions-Geschwindigkeitsmessgerätes inkl. Fahrzeug. Die Stimmberechtigten lehnten dieses Vorhaben dann aber deutlich ab und verpassten damit dem Stadt- und dem Einwohnerrat einen Denkkzettel.

Die beiden grossen Vorhaben Hochwasserentlastung Aabach und Verkehrssanierung Lenzburg mit Kernumfahrung, die ein X-faches kosteten und zu denen ein halbes Jahr später abgestimmt wurde, hiess dann die Lenzburger Stimmbevölkerung überaus deutlich gut.

Diese Geschichte sagt drei Dinge über unsere direkte Demokratie aus. Ein Parlament – wie auch eine Regierung – ist niemals allmächtig. Um wichtig zu sein und kontrovers diskutiert zu werden, muss ein Geschäft nicht gross sein. Und Abstimmungen geben auch die Möglichkeit, die Unzufriedenheit mit den Behörden zu artikulieren. All das ist irgendwie beruhigend. Und einige unter Ihnen wissen sicher, dass die Geschichte auch ein Happy End hat: Etwas später wurde auf dem normalen Budgetweg ein Geschwindigkeitsmessgerät besorgt.

Ein Gemeindeparlament einzuführen ist im Aargau seit 1963 möglich. Vor Lenzburg im Jahr 1972 hatten dies schon einige Aargauer Gemeinden gemacht, Wohlen, Brugg, Wettingen, Aarau, Buchs und Zofingen. Neuenhof schaffte den Einwohnerrat später wieder ab. Überhaupt: Ganz gross Furore hat der Einwohnerrat im Aargau nicht gemacht: Nur gerade 10 der 200 Aargauer Gemeinden verfügen heute über einen Einwohnerrat: Neben den bereits genannten gehören auch Baden, Obersiggenthal und Windisch dazu. In Letzterem war auch ich einige Jahre Mitglied. Dort habe ich das politische Handwerk erlernt.

Vielleicht hat es damit zu tun, dass mir einige gute Gründe für einen Einwohnerrat in den Sinn kommen. Natürlich haben vor 50 Jahren beim Entscheid für ein Parlament auch grundsätzliche demokratiepolitische Überlegungen eine Rolle gespielt. Es standen aber vor allem ganz praktische Fragen im Raum: Einerseits ging es darum, trotz wachsender Bevölkerung Versammlungen in einem geeigneten Rahmen durchzuführen. Andererseits verzeichneten die Gemeindeversammlungen tiefe Besucherzahlen – sodass es oft zum Problem wurde, das gesetzliche Quorum zu erreichen, um überhaupt beschlussfähig zu sein.

Das fehlende Interesse – auch das ist ja etwas beruhigend – war also schon damals ein Problem und wurde als solches wahrgenommen. Heute gibt es noch weitere Aspekte, die unsere direkte Demokratie herausfordern – und die etwas damit zu tun haben, wie sich unser Leben in den letzten 50 Jahren verändert hat:

Mit der Automatisierung und der Digitalisierung ist unsere Lebens- und Arbeitswelt zwar im Kleinen sehr oft einfacher, aber im Grossen und Ganzen auch unsicherer geworden. Und wir spüren heute die Folgen unseres ungezügelter Wachstums – vor allem in der Klimakrise. All diese Unsicherheiten haben sich – ich muss es halt auch erwähnen – in den letzten zwei Jahren der Pandemie scheinbar verstärkt – und sie haben das Potenzial angenommen, die Gesellschaft zu spalten.

Es traten Gruppierungen in Erscheinung – oder erst so richtig in Erscheinung –, die sich ihre eigenen Wahrheiten geschaffen haben, die das politische System in Frage stellen, die nicht mehr bereit sind, auch gewählte Autoritäten zu akzeptieren, und die dann manchmal auch die Demokratie flugs zu einer Diktatur umdeuten.

Das sind extreme Beispiele, aber sie schwimmen obenauf auf einem Trend: Das politische Klima ist kälter geworden, Kompromisse werden tendenziell weniger akzeptiert, es ist schwieriger geworden, breit abgestützte Lösungen zu finden. Die Auseinandersetzungen bei Abstimmungen zwischen den politischen Gegnern sind polarisierter. Drohungen gegenüber politischen Exponentinnen und Exponenten kennen wir auf allen Ebenen – gerade auch in den Gemeinden.

Das ist dann auch einer der Gründe, warum es immer schwieriger wird, Menschen zu finden, die zur Milizarbeit bereit sind – ob in der Politik oder auch sonst in der Zivilgesellschaft.

Umso wichtiger ist es, dass das etablierte System täglich beweist, dass es funktioniert und dass es bei der Bevölkerung auf Akzeptanz stösst. Gerade auch in der Kommune, wo "die Politik" noch nahe ist, wo man die Akteurinnen und Akteure oft noch persönlich kennt. Sie, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben eine wichtige Verantwortung und Aufgabe – nicht nur als Entscheidungsträgerinnen und -träger mit Partikularinteressen, sondern eben auch als Vermittlerinnen und Vermittler der Kommunalpolitik. Ich danke Ihnen ganz herzlich für diese Arbeit und für Ihr Engagement. Ich danke aber auch den Parteien und damit allen Verantwortlichen hinter den Kulissen, dass sie Informationsarbeit leisten und immer wieder geeignete Kandidierende portieren und der Wählerschaft eine Auswahl präsentieren.

Ob Einwohnerrat oder Gemeindeversammlung – die aargauische Kantonsverfassung lässt den Gemeinden diesbezüglich eine grosse Freiheit. Über die Form der Entscheidungsfindung kann man diskutieren, sie ist aber letztlich nicht entscheidend. Es geht vielmehr darum, das Vertrauen der Menschen in die Politik – von der sie ja selbst ein Teil sind –, zu stärken und den politischen Dialog zu erhalten. Denn ohne den Dialog schaffen wir die Herausforderungen, vor denen wir als Gesellschaft stehen, nicht.

In diesem Sinne danke ich allen – wirklich allen – für ihre politische Arbeit. Ich gratuliere Ihnen noch einmal zu einem halben Jahrhundert parlamentarische Demokratie in Ihrer Stadt. Ich wünsche uns allen einen schönen Abend und ein schönes Fest.